

Sechzig Grad und es wird noch heißer

Eine Düsseldorfer Konferenz zur Frage, wie unsere Städte ergrünen und doch urban bleiben

Man wird nicht sagen können, dass Stadtplaner und Architekten die Bedeutung des Themas nicht erkannt hätten. Ob in Zürich, in Nordhorn oder in Essen – überall wird versucht, mehr Grün in die Städte zu bringen. Dabei kann es angesichts der vergleichsweise kleinen Flächen, um die es sich handelt, weniger um Klimaschutz gehen als um Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Auf den Plätzen der Regensburger Altstadt werden inzwischen im Sommer Temperaturen von bis zu sechzig Grad gemessen; nachts kühlt die Luft dann mitunter nur noch auf dreißig Grad ab. Hier für Linderung durch Bepflanzung zu sorgen, auch wenn es nur um wenige Wochen im Jahr geht, in denen die 15000 Bewohner der Altstadt unter tropischen Wetterbedingungen leiden, ist unabwendbare Pflicht von Politik und Verwaltung. Die Befürworter des steinernen Platzes sind darüber in die Defensive geraten – das zeigte sich auch auf der Konferenz zur Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt, zu der das Deutsche Institut für Stadtbaukunst dieser Tage zum zwölften Mal nach Düsseldorf eingeladen hatte.

Was genau zu tun ist, lautete die Frage, um die zahlreiche Vorträge und Debatten der Konferenz kreisten. Die städtischen Neubaugebiete sind nicht das Problem, hier gilt landauf, landab längst das Primat der so genannten blau-grünen Planung – erst gibt es einen Park und dazu idealerweise eine Wasserfläche, dann folgt die angrenzende Bebauung, sehr zum Gefallen der Investoren und der Bewohner. Die Aufgabe besteht in diesen Fällen eher darin, überhaupt noch für eine gewisse städtebauliche Kompaktheit zu sorgen, um die Auflösung jeglicher Urbanität in einem Landschaftsbrei zu verhindern. „Klare Kante oder Verflechtung“, brachte Jürgen Odszuck, Erster Bürgermeister von Heidelberg, die Alternative auf den Punkt. Vielerorts wird derzeit die Verflechtung bevorzugt.

Das ist nicht schön und auch nicht gut, aber zumindest unter dem Aspekt der Klimaresilienz akzeptabel. Die eigentliche Herausforderung liegt im Bestand, also in den Stadtzentren und den angrenzenden, dicht bebauten und weitgehend versiegelten innenstadtnahen Vierteln. Vielerorts steht die Kommunalpolitik unter erheblichem Handlungsdruck, auf den sogenannten Hitzeinseln für Kühlung zu sorgen. Inzwischen liegen immerhin profunde Kenntnisse vor, was die einzelnen Maßnahmen für das Wohlbefinden der dort lebenden Bürger bringen. Begrünte Dächer, ohnehin nur in Quartieren mit Flachdächern in größerem Maßstab eine Option, werden die Städte im Sommer nicht vor dem Hitzekollaps retten. Sabine Djahanschah von der Deutschen Stiftung Umwelt berichtete, dass ein zu 75 Prozent begrüntes Dach die Umgebungstemperatur nur um 0,7 Grad senke, wohingegen ein Baum mit großer Krone für eine Abkühlung von 3,5 Grad gut sei. Das ist auch ein Vielfaches jener 1,3 Grad, die mit einer – zumeist pflegeaufwendigen und deshalb ökonomisch wie ökologisch fragwürdigen – Fassadenbegrünung zu erreichen sind. Wo kein Raum für große Bäume ist, sollten eng an den Häusern stehende Gewächse zum Einsatz kommen, so Djahanschah; Hauptsache, sie sind im Erdreich verwurzelt.

Innenstädte auf diese Weise stärker zu begrünen, wird in der Praxis jedoch ein schwieriges Unterfangen, wie gleich in mehreren Vorträgen deutlich wurde. Zu dicht ist das Netz unterirdischer Leitungen für Wasser, Strom, Telefon, Gas und Fernwärme, um genügend Platz zu finden für die Wurzeln von ausgewachsenen Bäumen. In der gesamten Ulmer Fußgängerzone konnten gerade einmal fünf potenzielle Standorte ermittelt werden. Auch der finanzielle Aufwand wird ein flächendeckendes Ergrünen der Innenstädte verhindern, wie ein weiteres Beispiel aus Ulm verdeutlichte, wo die Karlstraße auf einem etwa 700 Meter langen Abschnitt zur Allee umgebaut wurde. Die Kosten beliefen sich auf zehn Millionen Euro; ein erheblicher Teil davon wurde für die Verlegung von Leitungen und für die Installation eines Bewässerungssystems aufgewendet, beides zum Wohl von knapp 80 Säulenhainbuchen.

Kein Wald vor dem Dom

Wo man einen solchen Aufwand nicht treiben möchte oder kann, kommen die Standorte von Neupflanzungen eher zufällig zustande – eben nach dem Kriterium, wo unterirdisch noch ein Plätzchen frei ist und oberirdisch nicht andere Nutzungen dem entgegenstehen. Aus Schwäbisch Gmünd berichtete Baudezernent Julius Mihm von den vielen Festivitäten im verkehrsberuhigten öffentlichen Raum, die für die Strahl- und Wirtschaftskraft der Stadt wichtig seien; Bäume stören da nur.

Der berechtigte Wunsch von Christoph Mäckler, dem Initiator des Stadtbaukunst-Instituts, Bäume mit Blick auf ihre Wirkung für den Stadtraum zu pflanzen und dafür auch eine passende

Baumart zu wählen, wird sich demnach nur selten erfüllen lassen. Andererseits wird es einen Wald vor dem Mailänder Dom, wie ihn Mäckler als Schreckensbild an die Wand malte, auch in deutschen Städten so schnell nicht geben. Das gilt selbst für den Fall, dass technische Entwicklungen die Spielräume für Baumpflanzungen etwas erweitern sollten und den reichlich absurden Einsatz von Betontrögen überflüssig machen: Das Wachstum von Wurzeln könne mit dem Einsatz von Substraten von Leitungen weggelenkt werden, berichtete Djahanschah. Die Leitungen wiederum könnten mit einer Schutzschicht ummantelt werden. Auch das klingt allerdings aufwendig und teuer.

Wer die Innenstädte grüner machen möchte, wird vor allem auf die privaten Grundstückseigentümer setzen müssen. Hier wartet gleich die nächste Ernüchterung: Viele von ihnen haben nur ein geringes Interesse, ihre Höfe und Stellplätze zu entsiegeln und zu begrünen, was auch mit Blick auf dringend benötigte Versickerungsflächen bei Starkregen wünschenswert wäre. Doch Förderprogramme stoßen auf geringe Resonanz, wie die Vertreter verschiedener Städte übereinstimmend zu berichten wussten: In Ulm wurde das einschlägige Programm kein einziges Mal in Anspruch genommen. In Augsburg fanden sich auch nur drei Interessenten. Dabei wirbt die Stadt mit mobilen Klimaoasen für mehr Grün. Den veränderungsscheuen Eigentümern wird also mit großem Aufwand vermittelt, welche wohltuende und kühlende Wirkung Pflanzen haben können. In anderen Fällen scheidet der Wille zum Grün an ökonomischen Überlegungen. Berichtet wurde von einer Kirchengemeinde, die sogar die Fällung von Bäumen beantragte, weil sie die Entsorgung von Laub angeblich nicht mehr bezahlen konnte und Schadenersatzklagen nach eventuellen Unfällen fürchtete.

Grün zur allgemeinen Nutzung

In Regensburg setzt man angesichts dieser Umstände nicht mehr auf Einsicht und Freiwilligkeit, stattdessen wurde dort vor anderthalb Jahren eine Freiflächengestaltungssatzung erlassen. Sie schreibt beispielsweise detailliert vor, welcher Anteil eines Grundstücks grün sein muss und wie breit eine Zufahrt höchstens sein darf. Auch die passenden Baumarten werden aufgelistet. Eingriffe in die Topographie, um beispielsweise gut belichtete Souterrains zu schaffen, sind nicht mehr erlaubt. Der Einsatz für mehr Grün und der Kampf für weniger Hässlichkeit überlagern sich in Regensburg: Hecken und offene Zäune sind zulässig, nicht aber die Stabmattenzäune mit eingeflochtenen Sichtschutzstreifen, die sich seuchenartig in ganz Deutschland ausbreiten. Die Satzung gilt nicht nur für Neubauvorhaben, sondern auch für Bauprojekte im Bestand. Unter den Konferenzteilnehmern stieß der Mut der Regensburger auf Bewunderung. Ob er belohnt wird, ist noch offen. „Die Satzung wird beklagt“, berichtete Planungsdezernentin Christine Schimpfermann lakonisch.

Selbst wo dank staatlicher Fördergelder genügend Mittel vorhanden sind, um eine Straße in einem Wohnquartier grundlegend zu sanieren, ist ein Konsens über die richtige Gestaltung nicht so leicht herzustellen. Diese Erfahrung machte Steven März vom Wuppertal Institut. Das Institut entwickelte für zwei sanierungsbedürftige Straßen in Dortmund und Gelsenkirchen eine Art Idealplanung, um sie zu „klimaresilienten, grünen und dekarbonisierten Begegnungsorten mit hoher Aufenthaltsqualität“ zu machen. Die Entwürfe zeigten einen üppig begrüntem Straßenraum mit Bäumen und biotopartigen Beeten, vielen Sitzbänken und Straßenmöbeln wie Tischtennisplatten. Es war keine Stellplätze für Autos mehr vorgesehen, sondern nur noch ein schmaler Fahrstreifen, der nach dem Prinzip des Shared Space von allen Fahrzeugen zu nutzen ist. Etlliche Anwohner wehrten sich, bedeuten Parkbänke doch potenziell Vermüllung und nächtlichen Lärm; zudem verschwinden die Autos nicht so schnell aus dem Leben der Menschen wie aus den Renderings der Planer. Man einigte sich schließlich mit den Anwohnern auf einen Kompromiss, eine Quartiersgarage wurde in Aussicht gestellt, außerdem ein ÖPNV-Jahresticket für jene, die auf ihr Auto verzichten.

Von Teilnehmern der Konferenz wurde die Planung kritisch aufgenommen. Der öffentliche Raum werde überfrachtet mit Gestaltungselementen, die zudem eher privaten Zwecken dienen. Für Wolfgang Sonne vom Institut für Stadtbaukunst stellen solche Vorstellungen einen Irrweg dar, der das Wesen von Stadt verkennt. Der Dortmunder Architekturhistoriker warnte davor, das Grün in der Stadt zu stark von der Ökologie und der Biodiversität her zu denken. Städtische Grünflächen müssten begehbar und für Freizeitaktivitäten nutzbar sein. In der Tat: Wer seine Städter kennt, weiß, wie verwerstet solche Beete innerhalb kürzester Zeit aussehen. MATTHIAS ALEXANDER